

**Kantonsrat**

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 28. Januar 2025  
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

**A 265 Anfrage Müller Guido und Mit. über Wohnungszumietungen durch die Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Guido Müller ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Guido Müller: Die Antwort der Regierung zeigt ein klares Bild der aktuell sehr angespannten Situation im Asyl- und Flüchtlingswesen im Kanton Luzern. Wir sind mit der Antwort aber nur teilweise zufrieden, weil viele Fragen nicht wie gefordert beantwortet wurden. Ein Beispiel: Mit der Frage 1 versuchten wir zu erfahren, wie hoch der Leerwohnungsbestand in den einzelnen Gemeinden ist, um ein klareres Bild zu erhalten. Gerade diese Zahl im Verhältnis zu der von der Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF) zugemieteten Wohnungen würde einen klaren Überblick über die Wohnungssituation in den einzelnen Gemeinden geben. Die Antwort zu Frage 2 zeigt klar, dass den Gemeinden keine rechtlichen Mittel gegen die Zumietung von Wohnungen durch die DAF zur Verfügung stehen, um sich allenfalls dagegen zu wehren. Eventuell zu wehren, weil die Klassenbestände in einer Gemeinde schon am Limit sind und mit dem Zustrom von neuen Schülern aus dem Asylverfahren neue Klassen gebildet werden müssen. Die durch die Schüler entstehenden Kosten müssen in diesem Fall zu 50 Prozent durch die Gemeinde getragen werden. Die Kosten für eine allfällige Bereitstellung und Schaffung des entsprechenden Schulraums müssen die Gemeinden zu 100 Prozent übernehmen. Das dürfte auch der Grund sein, weshalb die Frage 4 nicht richtig beantwortet wurde. Zu Frage 3, dem Ausgleich an die Gemeinden: Die Regierung führt aus, dass mit dem Luzerner Finanzausgleich ein Instrument besteht, um den entsprechenden Soziallastenausgleich vorzunehmen. Ob alle Gemeinden mit der Antwort zufrieden sind, dass kein Bedarf nach einer zusätzlichen Kostenbeteiligung durch den Kanton besteht, bezweifle ich sehr. Weiter heisst es in der Antwort: «Eine finanzielle Entschädigung der Gemeinden, in welcher die DAF Wohnungen mietet, existiert nicht und ist auch nicht geplant.» Ich frage mich, weshalb man dieses Argument damals nicht brachte, als man von den Gemeinden Ausgleichszahlungen verlangte, die zu wenig Asylsuchende aufnehmen konnten. Dann hätte man damals auch sagen müssen, es sei über den Soziallastausgleich des Finanzausgleichs geregelt. Zu Frage 4: Von 924 Lernenden haben 606 Lernende Schutzstatus S (Ukraine). Es ist aber unklar, wo sie eingeschult wurden, weil diese Frage nicht beantwortet wurde. Es ist auch zu hoffen, dass der schon lange fällige Frieden in der Ukraine irgendwann dazu führt, dass die Leute, die zurückkehren wollen, auch wieder zurückkehren können. Deshalb ist es auch wichtig zu wissen, was in den Gemeinden geschieht, die ihre Infrastruktur hochgefahren, Lehrpersonen angestellt, Schulhäuser

ausgebaut und Schulraum geschaffen haben, wenn sehr viele dieser Personen von einem Tag auf den anderen nach Hause gehen. Einzig klar ist, dass die Gemeinden auf diesen Kosten sitzen, weil es ja Sache der Gemeinden ist und nicht des Kantons. Ich glaube es wäre an der Zeit auch ins Auge zu fassen, mögliche Übergangszahlungen zu regeln. Zu Frage 6: Die Antwort hat mich schon fast schockiert, dass keine Koordination mit den Sozialdiensten der Gemeinden erforderlich ist. So haben auch die Sozialdienste der Gemeinden ihre Aufgaben zu lösen, und deshalb wäre es auch wichtig, dass ein Austausch unter diesen Sozialdiensten stattfinden würde.

Simon Howald: Die Unterbringung von Asylsuchenden gehört zur humanitären Tradition der Schweiz. Sie hat eine lange Geschichte und ist ein anerkannter Teil des Profils unseres Landes. Ausgelöst durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat sich die Asylsituation in Europa und dadurch auch in der Schweiz intensiviert. Daraus folgt verständlicherweise eine Mehrbelastung der Ressourcen. Nebst anderen Faktoren verschärft der Mehrbedarf von Raum die aktuelle Knappheit im Bereich des günstigen Wohnungsraums. Das ist eine Herausforderung, besonders für Familien und Personen mit geringem Einkommen. Der Ablauf des Asylverfahrens innerhalb des Kantons Luzern ist aus Sicht der GLP-Fraktion sinnvoll. Zuerst erfolgt die Unterbringung in einem kantonalen Asylzentrum, danach folgt der Umzug in eine Wohnung. Die Gesamtauslastung der zugemieteten Wohnungen von 96 Prozent zeigt auf, dass die DAF keine Wohnungen auf Vorrat mietet, sondern das Wohnungsmanagement weitgehend bedarfsgerecht organisiert. Der Bericht, der vom Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) bei Ecoplan in Auftrag gegeben wurde, hat Ende 2020 ergeben, dass kein Bedarf an einem zusätzlichen separaten Kostenausgleich für die Asyl- und Flüchtlingsbereiche besteht. Aus unserer Perspektive braucht es dadurch keine finanzielle Entschädigung der Gemeinden, in welchen die DAF Wohnungen mietet. Im Weiteren scheinen uns die Mehrkosten durch die vier erwähnten Finanzflüsse sinnvoll aufgeteilt sein, die sich durch die Erhöhung der Klassenbestände und dem Betreuungsaufwand oder gar durch die Schaffung neuer Klassen ergeben. Die GLP ist gleicher Meinung wie die Regierung, dass die Vermietung von Mietobjekten Sache der Vermietenden ist und weder seitens der Vermietenden noch seitens der DAF eine Koordination mit den Sozialdiensten der Gemeinden nötig ist. Offenbar zeichnet sich derzeit keine Entspannung der Lage ab. Ein weiterer Ausbau der Unterbringungskapazitäten in Form von kollektiven Unterkünften und Wohnungen seitens des Kantons ist deshalb gemäss Einschätzung der GLP-Fraktion erforderlich.

Gian Waldvogel: Aus Sicht der Grünen Fraktion ist die Antwort des Regierungsrates grundsätzlich nachvollziehbar und zufriedenstellend. Gerne möchte ich nochmals darauf eingehen, worum es bei diesem Thema überhaupt geht. Guido Müller macht sich Sorgen um bezahlbaren Wohnraum – das finden wir ein relevantes Thema. Nimmt man aber die Zahl der Leerwohnungen und setzt sie in Bezug zum gesamten Wohnungsbestand, kommt man im Kanton Luzern auf leicht über 200 000 Wohnungen. Die DAF mietet rund 1000 Wohnungen an, um Menschen im Asylprozess ein zu Hause zu bieten. Das sind gerade einmal 0,5 Prozent des gesamten Wohnungsbestands des Kantons Luzern. Wir sind Sie der Meinung, dass es zahlreiche griffigere Instrumente gibt, um bezahlbaren Wohnraum nachhaltig zu fördern. Das hat massiven Einfluss auf die Mieten und bezahlbaren Wohnraum in unserem Kanton. Ein Beispiel: In Zürich kostet gemäss aktuellen Umfragen eine gemeinnützige 4-Zimmer-Wohnung von 100 m<sup>2</sup> im Median 1500 Franken, bei kommerziellen Vermietungen sind es fast 3000 Franken. Wirksame Mittel sind also auch kantonal bekannt, ich denke dabei zum Beispiel an unsere Anträge zur Aktivierung des kantonalen Gesetzes über Wohnbau- und Eigentumsförderung oder den Planungsbericht Wohnen. Die Anträge wurden im

vergangenen Jahr jedoch von einer Mehrheit dieses Rates abgelehnt. Instrumente wären etwa die Förderung der öffentlichen Hand bei gemeinnützigen Wohnbauprojekten und Wohnbauträgerinnen, das Vorverkaufsrecht für Gemeinden und Kantone, Objekte über den gemeinnützigen Wohnungsbau zu erwerben, um Spekulation vorzubeugen, wie das der Kanton Waadt etwa macht. In Zug werden Anreize geschaffen, indem gewisse neue Bauzonen einen Anteil an preisgünstigem Wohnraum beinhalten müssen. Auch die Kontrolle und die Durchsetzung der gesetzlichen Maximalrente von 2 Prozent wären eine Massnahme. Wir Grünen bieten hier Hand, um in Luzern bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit tiefen Einkommen zu fördern. Nicht zielführend scheint es uns, den schwächsten Menschen in unserer Gesellschaft die Verantwortung für die hohen und steigenden Mieten und den kranken Wohnraum zuzuschieben. Sie sind nur ein Sündenbock. Die tatsächlichen Gründe sind vielschichtig, wie wir alle wissen: Bevölkerungswachstum, niedrige Investitionstätigkeit, hohe, zum Teil missbräuchlichen Renditeerwartungen, die Eigentümer oder auch die steigende Inflation oder die steigenden Baukosten. Ich lade Sie dazu ein, gemeinsam dort anzusetzen, wo wir als Kanton tatsächlich mehr für bezahlbaren Wohnraum tun können.

Michael Hauser: Wir haben in den letzten Minuten schon vieles gehört. Es ist unbestritten, dass die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen für den Kanton, aber auch für die Gemeinden eine grosse Herausforderung darstellt. Wir haben bereits im vorangehenden Traktandum gehört, dass es einzelne Gemeinden mehr trifft als andere. Mir ist es aber wichtig, in diesem Zusammenhang nochmals darauf hinzuweisen, dass es für viele Gemeinden eine sehr grosse Herausforderung darstellt, nach dem Übergang der Zuständigkeit Nachfolgelösungen dieser Wohnmöglichkeiten zu finden. Wir von der FDP-Fraktion sind überzeugt, dass es diesbezüglich noch Optimierungspotenzial gibt.

Anja Meier: Die aufschlussreichen Antworten des Regierungsrates zeigen, dass die Auslastung der Wohnungen für Asylsuchende mit 96 Prozent sehr hoch ist, auch wenn der Asyl- und Flüchtlingsbereich schwer planbar ist. Die Unterbringung der geflüchteten Personen ist ein wichtiger und richtiger Teil unserer humanitären Tradition. Die DAF mietet zudem keine Wohnungen auf Vorrat zu, im Gegenteil. Rückmeldungen aus den Gemeinden weisen darauf hin, dass es in der Praxis aber diverse Herausforderungen gibt und Optimierungsbedarf besteht. Ein grosses Thema ist die Information. Die Gemeinden erhalten nicht immer frühzeitig Bescheid, wenn eine Ablösung oder Übergabe ansteht. Zudem erhalten sie oft keinen Zugang zu wichtigen Informationen und wissen nicht, welche Wohnungen wie lange belegt sind. Das Informationsdefizit hat weitreichende Folgen. Die Gemeinden verpassen so die Chance, die Integration anzugehen und zum Beispiel neu ankommende Menschen mit Freiwilligen zu vernetzen. Bedenklich finden wir auch, dass Asylsuchende teilweise sogar wegziehen, ohne dass die Gemeinde informiert wird oder Wohnungen vom Kanton gekündigt werden und Familien plötzlich auf die Schnelle eine neue Unterkunft finden müssen. Das belastet die betroffenen Familien enorm, bricht den Integrationsprozess ab und führt dazu, dass Kinder neu eingeschult werden müssen. Am Ende bedeutet das auch eine längere Abhängigkeit vom Sozialsystem. Die SP-Fraktion ist deshalb der Überzeugung, dass eine pragmatischere Handhabung und eine bessere Kommunikation zwischen Kanton und Gemeinden nicht schaden kann, im Gegenteil. In Bezug auf die in der Anfrage aufgeführten Zahlen sticht die ungleiche Verteilung über die Gemeinden hinweg ins Auge. Das ist aus Sicht der SP-Fraktion stossend. So stellt die Stadt Luzern knapp 30 Prozent aller im ganzen Kanton belegbaren Plätze zur Verfügung. Die Situation ist weiterhin angespannt, es braucht deshalb ein gutes Zusammenspiel zwischen allen Staatsebenen sowie unbedingt auch einen weiteren Ausbau der Unterbringungskapazitäten. Ich erlaube mir eine Schlussbemerkung: Wie bereits mehrfach

gesagt freut es auch die SP-Fraktion sehr, dass die SVP in ihrer Anfrage den Handlungsbedarf in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum entdeckt hat. Ich kann Guido Müller eine Lösung anbieten: Die SP hat kürzlich eine kantonale Initiative lanciert und fordert eine deutliche Erhöhung des Anteils an preisgünstigem Wohnraum im Kanton Luzern bis 2040. Ich komme im Anschluss sehr gerne mit einem Unterschriftenbogen auf Guido Müller zu.

Fabian Stadelmann: Für einmal kann ich das Votum von Anja Meier unterstützen, denn sonst sind wir nicht immer auf der gleichen Linie. Die DAF-Fälle in den Gemeinden sind kommunikationstechnisch nicht tragbar. Bei uns in der Gemeinde haben wir x-mal erlebt, dass Wohnungen gemietet wurden, dann aber auf der nächsten Liste einfach Asylbewerber aufgetaucht sind, von denen wir gar nicht wussten, dass sie in der Gemeinde wohnen. Ich möchte darauf hinweisen, dass dieses Problem kurzum und möglichst schnell angegangen werden sollte.

Guido Müller: Ich möchte davor warnen, die Thematik des sozialen Wohnungsbaus mit der vorliegenden Fragestellung zu vermischen. Das ist eine andere Baustelle. Sie können gerne Vorstösse einreichen, die ich vielleicht auch unterschreibe oder nicht. Bei meiner Anfrage geht es um das Asyl- und Flüchtlingswesen. Gemäss Liste gibt es Gemeinden mit einer Auslastung von 45 Prozent und in anderen sind es 125 Prozent. Es ist bemerkenswert, dass die schlecht ausgelasteten Gemeinden eher abgelegen sind und niemand dorthin will.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Wir haben bereits gestern über das Asyl- und Flüchtlingswesen gesprochen und über die Herausforderungen, die alle Staatsebenen betreffen. Ich möchte mich daher heute auf die Staatsebene der Gemeinden konzentrieren, gestern ging es um den Kanton. Der Kanton Luzern hat ein System gewählt, in welchem der Sozialdienst über den Kanton läuft. Das heisst, dass die Gemeinden im Bereich der Unterbringung, Begleitung und Betreuung von Flüchtenden über zehn Jahre lang eigentlich mehrheitlich entlastet sind. Ich weiss, dass gewisse Aufgaben trotzdem auf die Gemeinden fallen, aber in vielen Kantonen ist es umgekehrt, dort ist der Kanton gar nicht gross involviert und die Gemeinden sind für die Unterbringung, die Integration und die Wohnungsbeschaffung zuständig. Das möchte ich einfach vom System her nochmals erklären. Ja, der Kanton mietet Wohnungen an, und das ist dem bewährten Zweiphasensystem geschuldet. Das heisst, zuerst erfolgt die Unterbringung in einem Zentrum. Hier sind wir daran, neue Zentren zu schaffen, und diese, wenn immer möglich, gleichmässig über den ganzen Kanton zu verteilen, damit alle Regionen angemessen berücksichtigt oder vielleicht auch belastet sind, und nicht nur Stadt und Agglomeration. Ich möchte noch etwas zur Partizipation sagen: Seitdem ich im Amt bin, stehe ich mit verschiedenen Gemeinden im Austausch und habe Gemeinderats- oder Stadtratssitzungen besucht, wenn es darum ging, dass der Kanton von Immobilienbesitzern Liegenschaften angeboten erhalten hat und wir wussten, dass dort mehrere Flüchtlinge untergebracht werden sollten. Einfach auch um sicherzustellen, wie die Gemeinde und die Gemeindebehörde zur Anmietung dieses Objekts stehen und wo die Herausforderungen sind. Das funktioniert in diesem Sinn partizipativ, aber im Endeffekt ist es so, wie wir es in der Antwort geschrieben haben. Es ist eigentlich Aufgabe des Kantons und der Immobilienbesitzer, die Vermietungen vorzusehen. Ich möchte es aber nicht unterlassen, mich an dieser Stelle auch an die involvierten Gemeinden zu wenden – ich werde nicht alle aufzählen, einige dieser Gemeindevertreterinnen und -vertreter befinden sich aber hier im Saal. Sie wissen, wovon ich spreche und dass wir versuchen, mit Ihnen im Austausch zu stehen. Ich gebe Ihrem Rat recht, dass im wir im Bereich der Information und Kommunikation besser werden können, das können wir immer. Ich bin bereit, auch mit meinem Team die Informationsflüsse bei einer Ablösung oder Übertragung zu optimieren. Diesbezüglich laufen

bereits Abklärungen, auch mit dem Verband Luzerner Gemeinden (VLG). Eine Hürde – das darf ich Ihnen nicht vorenthalten – ist auch hier wiederum der Datenschutz und wir müssen eine gute Lösung finden, damit die entsprechenden Informationen tatsächlich fliessen können. Es wird anspruchsvoll bleiben, Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Es ist so, dass gewisse Gemeinden im Moment weniger belastet sind. Bei der Liste in unserer Antwort handelt es sich um eine rollende Planung, die heute schon wieder anders aussieht und in drei Tagen nochmals. Weshalb sind einige Gemeinden weniger stark belastet? Das hängt manchmal auch mit der Zusammensetzung der Flüchtenden zusammen, die wir zuteilen. Nicht alle können gemeinsam in einer Wohnung untergebracht werden. Manchmal kommen Grossfamilien, da bietet sich im Moment vielleicht gerade in der Gemeinde Nottwil keine Liegenschaft an, weil man dort nur drei Personen unterbringen kann. Das sind die Gründe, weshalb einzelne Gemeinden auf dieser Liste, die inzwischen auch wieder überholt ist, vielleicht prozentual weniger belastet sind als andere. Das wird sich immer wieder ändern. In diesem Sinn mein Appell an Sie: Lassen Sie uns besser werden, das schaffen wir nur miteinander über die Staatsebenen hinweg. Auch hier bin ich gerne zu weiteren Gesprächen bereit.